

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

April 1973

Evangelische Verantwortung

Heft 4/1973

Gedanken über Grundsatz- fragen

Klaus Goebel

Die Diskussion über Grundsatzfragen in der CDU wird verstärkt fortgesetzt. Nicht zuletzt kommt es hierbei darauf an, den Freiheitsspielraum, den gerade die CDU für jeden einzelnen in der Gesellschaft bietet, darzulegen und bewußt zu machen. Der Verfasser dieses Artikels gehört zur Gruppe der jüngeren CDU-Politiker, die versuchen, der gegenwärtigen Entwicklung neue Akzente zu verleihen.

Demokratie diskreditiert sich am ehesten dort, wo nach dem Staat und nach anonymen Helfern gerufen wird. Bürgerliche Selbsthilfe und Selbstverwaltung in Selbstverantwortung müssen das Gegengewicht gegen jede Machtentfaltung eines anonymen Kollektivs bilden. Die CDU steht auf Seiten derer, die sich selbst helfen, und wird in ihrer täglichen Politik, vor allem in ihrer Gesetzgebung, den Freiheits- und Ermessungsspielraum der Bürgerinitiative immer beachten. Daß mit der Initiative auch die Courage der Bürger gegenüber allem, was dem Bürger dienen soll und so oft herrschen möchte, größer wird, ist eine Hoffnung, die vor allem von einer selbstbewußten jungen Generation erfüllt werden sollte. Wir müssen dieser jungen Generation das Gefühl geben, daß sich in unserer Demokratie zu leben lohnt, in unserer Stadt und in unserem Staat. Wenn ein nicht geringer Teil der jungen Leute beginnt, unseren Staat zu verachten und die DDR als den Staat ihrer Ideale zu sehen, so ist das ein Signal: Es signalisiert die Frage, ob in unserer Ordnung alles in Ordnung ist. Es fordert uns

aber auch auf, uns der Grundwerte unserer staatlichen Gemeinschaft bewußt zu werden und uns vor Minderheiten, die zur Gewaltanwendung psychischer und physischer Art bereit sind, wirkungsvoll zu schützen.

Die Dialektik von Fortschritt und Bewahrung gehört zum Grundsätzlichen unserer politisch-gesellschaftlichen Struktur überhaupt. Der Fortschritt macht Bewahrung nötig, wie die Entwicklung der Naturwissenschaften oder die ins Blickfeld gerufenen Lebensprobleme des Umweltschutzes ausweisen — Bewahrung macht aber auch Fortschritt nötig, wenn das Konservative in Stillstand oder in Rückschritt entartet.

Die Überwindung dieses Gegensatzes, also die Verbindung von

Aus dem Inhalt

Gedanken über Grundsatzfragen	1
Politischer Club von Tutzing	4
Aus unserer Arbeit	5
EAK Rheinland im Gespräch mit der Kirche	5
Aus den Tagungsprogrammen der Akademien	6
Wahlanalyse	7
Politisch klug?	12

Fortschrittlichem und Bewahrendem, ist der Partei nicht möglich, die ihre Leitidee ideologisiert und absolut setzt. Die CDU hat die Chance, Progressismus und Konservatismus zu integrieren, wenn die verschiedenen Gruppierungen dies wollen – und sie müssen dies wollen, weil sich die Einigung des ganzen Volkes darin spiegelt, daß eine Volkspartei sich einig ist.

Die konservative Leitidee, die wir Demokraten grundsätzlich bejahen, heißt, sich einzusetzen für Erhaltenswertes und alles Neue nicht unbesehen besser zu finden. Konservativ ist nicht gleich bürgerlich, wie die ständige Reproduktion, also die konservierende Pflege von Marx und Engels in Kreisen beweist, die sich als radikal fortschrittlich verstehen.

Gefährlich ist es jedoch, den Konservatismus auf jene Konservativen zurückzuführen, die im 19. Jahrhundert kein Jota Monarchie zugunsten eines Verfassungsstaates zu streichen gedachten. Sie waren in Wahrheit die Rechten, ja die Reaktionäre in einer Gesellschaft, in der eine unterprivilegierte Masse auf Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit drängte. Solch einem Konservatismus, für den 2. Weltkrieg und das Hitlerreich offenbar gar nicht geschehen sind, ist es leicht, die Wiederherstellung eines Deutschen Reiches zu erwarten, das es in der früheren Form sicher nie mehr geben wird. Unbesehen auf das Alte zu schwören, nenne ich in der Tat ebenso falsch wie unbesehen vom Neuen alles Heil zu erwarten.

So mag Martin Greifenhagen nicht ohne Grund einem nützlichen Buch den Titel „Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland“ (München 1971) gegeben haben. Allzu rasch kann daraus ein „Dilemma der CDU“ werden, wenn wir es uns gefallen lassen, konservativ, rechts von der Mitte, Rechtsblock CDU/CSU usw. genannt zu werden. Wenn wir zusätzlich uns noch bemühen, das Konservative in

unserer Politik und in der Auswahl unserer Persönlichkeiten herauszustellen, so halte ich dies für eine Attacke auf den Volksparteistatus der CDU. Volkspartei aber heißt, ohne reservatio mentalis, ohne insgeheime Zweifel ebenso zur demokratischen, liberalen und sozialen Basis wie zum konservativen Gut einer politischen Gemeinschaft von Christen zu stehen. Gruppeninteressen, ideologische Zwangsvorstellungen und Egoismus abzuwehren. Doch bis dahin ist ein weiter Weg. Wahlniederlagen bilden einen geeigneten, wenn auch häufig verkannten Ausgangspunkt, einen Läuterungsprozeß einzuleiten.

Liberaler Bewährung

Die CDU ist eine liberale Partei. Dies ist vor allem den Freien Demokraten deutlich zu machen, die sich als Volkspartei der bürgerlichen Mitte zu mausern gedenken. Die eindeutige politische Festlegung der Freien Demokraten auf das Bündnis zur SPD spricht jedoch gegen das liberale Prinzip. Wir müssen uns selbst aber auch kritisch fragen lassen, ob alles, was wir tun, liberalen Maßstäben standhält. Liberal heißt sicher nicht, grenzenlose Freiheiten zu proklamieren. Liberal heißt jedoch ganz sicher, den Raum der großen Freiheit den Künsten und Wissenschaften freizuhalten. Äußerungen, die von CDU-Leuten zu hören sind, müssen diese Liberalität immer glaubhaft erscheinen lassen!

Das altbackene Spießbürgertum, das der CDU Ratschläge erteilen möchte, ist häufig identisch mit Rechtsradikalen und unverbesserlichen Nationalsozialisten. Wir sollten solchen Leuten zuliebe die liberalen Bestandteile der Volkspartei CDU nicht aufs Spiel setzen.

Der Soziologe Helmut Schelsky hat in einer Abhandlung „Mehr Demokratie oder mehr Freiheit“, die am 20. Januar in der FAZ erschien und deren Lektüre sehr empfehlenswert ist, die Befürchtung geäußert, die Aufspaltung der Bundesrepublik in zwei feindliche Blöcke stünde uns erst bevor.

Zu den gefährlichsten Anzeichen rechnet er primitive Verallgemeinerungen des Wahlkampfes – „die Kommunisten“, „die Kapitalisten“, die einseitige Parteinahme des DGB und die Parteipolitisierung,

die bis in die Hochschule, in die Schule und in den Gottesdienst geht. Wir werden Schelskys Warnungen nicht in den Wind schlagen dürfen. Wenn die drei großen demokratischen Parteien beginnen, sich gegenseitig so restlos infrage zu stellen, wie dies im Wahlkampf manchmal der Fall gewesen ist, dann gibt es am Ende nur einen Gewinner der Partie: den Radikalismus links und rechts, der weder mit Demokratie noch mit Freiheit etwas im Sinn hat. Die demokratischen Parteien tun deshalb gut daran, jedem verkappten Radikalen in der eigenen Partei entschlossen und konsequent entgegenzutreten. Wir leben von Kompromissen in der Politik, das ist wahr, aber mit unsern Henkern gehen wir keine Bündnisse ein!

Was heißt „Mitte“?

Was bedeutet es, eine Politik der Mitte zu betreiben, Politiker der Mitte zu sein? Niemand von uns kann beanspruchen, diese Mitte rein zu vertreten. Wir haben immer wieder besondere Standpunkte, die uns vom Durchschnitt unterscheiden. Wo steht z. B. derjenige, der § 218 ersatzlos streichen und zugleich die DDR nicht anerkennen kann? Links? Rechts? Wie ist es im umgekehrten Fall?

Ich glaube, viele Auffassungen müssen unter uns ertragen und getragen werden. Es sind aber auch Mehrheitsentscheidungen in solchen Fragen zu akzeptieren. Maßstäbe bleiben:

1. Auftrag und Rahmen des Grundgesetzes;
2. das Programm der CDU, das jedes Abrutschen in radikale Flügelpositionen ebenso verhindert wie politisches Sektierertum. Laßt uns damit vorsichtig sein, allzu schnell jemanden bei uns als links oder rechts abzustempeln!

Der weite Radius, den Grundgesetz und Parteiprogramm erlauben, stellt jeden von uns vor die Frage, ob er sein eigenes Spezialproblem immer gleich zur Gretchenfrage machen oder nicht besser Kompromisse suchen will. Zugleich muß es aber auch dem innerparteilichen Gegner erlaubt sein, ein Spezialproblem zu haben. Man wird sich solange nicht denunzieren dürfen, wie man unterstellen kann, daß

Grundgesetz und Parteiprogramm nicht verlassen werden.

Die Toleranzgrenze für politische Auffassungen in der CDU ist nicht unbegrenzt, aber sie ist weit, weiter als mancher meint. Matthias Claudius, der unter der Hülle des idyllischen Dichters politische Qualitäten verbarg, mahnt jedoch, nicht alles in der Politik zu ertragen, wenn er sagt: „Unter den Unholden, die auf dieser Erde umherschweifen, ist auch einer, den man den politischen Fanatismus nennt“.

Intensivierung der Außen- und Friedenspolitik

Die im Wahlkampf zugunsten der Wirtschaftspolitik von der CDU in den Hintergrund geschobenen Fragen der Außen- und Friedenspolitik werden uns wieder härter beschäftigen müssen, denn sie bewegen die Bürger mehr, als es manchmal den Anschein hat. Ihre Wahlsiege unter Adenauer und Erhard hat die CDU im wesentlichen Maß einer zielstrebigem, konsequenten Außenpolitik zu danken, die vom Wähler verstanden und honoriert wurde. Das Werk des atlantischen Bündnisses, verantwortet von der Generation der Adenauer, Churchill, de Gasperi, Schumann und Truman, trägt heute in Gestalt der wirtschaftlichen Union reife Früchte.

Die Bismarcksche Bündnispolitik vom Ende des deutsch-französischen Krieges 1871 bis zum Sturz des Reichskanzlers 20 Jahre später gestattet uns einen Vergleich mit einem Kurs, der dem europäischen Kräfteverhältnis trotz aller Krisen Maß und Ausgewogenheit verlieh. Die deutsche Außenpolitik unter den Regierungen Adenauer, Erhard und Kiesinger hat sich nach der Festigung der westeuropäischen Allianz den osteuropäischen Volkdemokratien zugewandt und schon früh Kooperationen in Sektoren ermöglicht, in denen am ehesten Grenzen zu überwinden sind: Handel und Wirtschaft, kulturelle Beziehungen und Tourismus.

Die kommunistischen Mächte haben angesichts der Konsequenz europäischer Bundespolitik die Koexistenz verschiedener Systeme anerkennen müssen. Ihren Anspruch, die sozialistische Revolution in alle Länder zu tragen, haben sie nicht begraben. — Aber die Lage dafür war nicht günstig. Die Regie-

rung Brandt/Scheel knüpfte zunächst an die Bemühungen der Regierung Kiesinger/Brandt an, wurde jedoch zusehends von Hektik und Einseitigkeit geprägt, die die alte Geschlossenheit gesprengt und die atlantische Gemeinschaft geschwächt haben.

Sicher ist die Nation nicht der einzige Wert, und erst recht fördert auch nationale Machtpolitik, die zwei Weltkriege herbeigeführt hat, nicht den Frieden. Völkerfriede und übernationale Zusammenarbeit sind in einer Zeit, die, mit Carl Friedrich von Weizsäcker zu sprechen, eine Weltinnenpolitik zur Vermeidung eines 3. Weltkrieges notwendig macht, unabdingbar. Aber auch Weltinnenpolitik schließt Waffenlosigkeit, Schwäche und einseitige Konzessionen aus. Als die Weltmachtpolitik Wilhelms II. die Bündnispolitik Bismarcks ablöste, geriet das Deutsche Reich in die internationale Isolierung. Von diesen beiden Zielsetzungen — Politik der Macht und Politik der Schwäche — scheidet die erste für die Bundesrepublik aus. Die zweite gefährdete in der Nach-Adenauer-Ära das nationale wie das supranationale Gleichgewicht.

Die CDU-Opposition wird mehr denn je nach einer von allen Parteien getragenen Außenpolitik drängen müssen. Die totale Konfrontation CDU-Regierung halte ich für falsch, weil die Mehrheit der Bevölkerung darin eine Alternative zur sogenannten Friedenspolitik des gegenwärtigen Bundeskanzlers sehen könnte. Die kleinen Schritte verheißen größere Erfolge. Dies gilt für den Grundvertrag, der, so wie er ist, von der großen Mehrheit der neuen Bundestagsfraktion abgelehnt worden ist, was nicht ausschließt, daß grundsätzlich eine vertragliche Regelung notwendig und wünschenswert ist. Ebenso hat die CDU nach einem Ausbau der Beziehungen zu allen Staaten zu drängen. Sie hat stärker als die beiden Regierungsparteien in den letzten Jahren die Dringlichkeit der politischen Integration Europas betont. Darin muß sie fortfahren und beispielsweise zäh an der Forderung baldiger direkter Wahlen für das europäische Parlament festhalten, die Vermehrung der Kompetenzen dieses Parlaments betreiben und der sozialdemokratischen westeuropäischen Internationale eine Solidarisierung aller nichtsozia-

listischen Parteien entgegenstellen. Neue Fragestellungen sollten aufgenommen und diskutiert werden. Es gilt, die Schwarz-Weiß-Manier von Bierischgesprächen zu vermeiden und schon im kleinsten Kreis nach Beiträgen zu suchen, die dem Frieden dienen und nicht eine Kalte-Kriegs-Stimmung fördern. Durch Information und Meinungsaustausch trägt eine Partei nicht unerheblich zur politischen Bildung bei.

Am „C“ festhalten

Im Blick auf die Zukunft unserer Partei möchte ich eine Sorge äußern, von der leider zu selten die Rede ist und die doch nicht häufig genug geäußert werden kann. Es gibt viele Einzelmotivationen, Mitglied der CDU zu werden und mitzuarbeiten: wirtschafts-, außen- oder kulturpolitische, gesellschafts- oder kommunalpolitische Gesichtspunkte oder alles zusammen. Halten sich diese Spezialinteressenten aber auch immer vor Augen, daß die ethischen Aussagen des christlichen Glaubens, um nicht zu sagen: der christliche Glaube, das uns alle verbindende Band ist? Das „C“ enthält keinen Alleinanspruch, das ist oft und richtig gesagt worden. Aber es verpflichtet das einzelne Mitglied, sein Christentum politisch, tagespolitisch zu verwirklichen. Welch eine Verödung und Verengung bedeutet die Erklärung das „C“ als Klausel des Humanismus, wie das auch von Parteifreunden neuerdings zu hören ist! Wieviel christliche Substanz ist im Wahlkampf doch durch manche unserer Äußerungen preisgegeben worden!

Die Stellung der CDU ist im evangelischen Bereich seit langem unsicher und jetzt auch, wie die Bundestagswahlen 1972 erwiesen haben, im katholischen Raum ins kritische Gespräch geraten. Dies darf uns nicht ruhen lassen, nach Gründen hierfür zu fragen.

Christlicher Glaube in der Politik realisiert vor allem Solidarität mit

den Schwachen, sucht Friedensbereitschaft inmitten von Spannungen, die durch Interessenansprüche und Privilegien hervorgerufen werden.

Das Versagen der Kirche und damit der Christen in Glaubenskriegen, ihre Vermischung weltlicher und geistlicher Interessen, ihr Anspruch auf Macht, ihre Verkennung sozialer Spannungen, die häufige Parteinahme für die Herrschenden und mangelndes Verständnis für Unterdrückte bilden die Sackgasse,

vor der die Geschichte uns warnt. Eine andere Basis gilt es zu suchen. Kreuzungsideologie, Machtpolitik muß den Christen und Demokraten zutiefst mißtrauisch machen. Ist es denkbar, daß politische Solidarität auch christliche Bruderschaft beinhaltet? Ich stelle diese Frage mit vielen Zweifeln und einiger Hoffnung! Heißt es nicht für den Politiker als Christen, Personen und Dinge beim Namen zu nennen? „Wenn wir immer nur vorsichtig sind, sind wir dann noch Menschen?“ fragt Alexander Solschenizyn im „Ersten Kreis der Hölle“.

Und Richard von Weizsäcker hat im Zwischenbericht der CDU-Grundsatzkommission, dem für mich wichtigsten Papier des Wiesbadener Parteitages, gesagt, die größte Herausforderung der Politik in unserer Epoche sei eine geistige und sittliche. Mehr als die Hälfte der Wäh-

lerschaft hat der CDU am 19. November nicht geglaubt, daß sie in der Lage sei, dieser Herausforderung wirkungsvoll zu begegnen. Wir haben darüber nachzudenken. Der erste Schritt nach vorn heißt, sich für Stabilität nicht allein in der Wirtschaft, sondern in unserer Gesellschaft überhaupt einzusetzen. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ist nun einmal das Programm einer „großen Gesellschaft“. Gleichheit ohne Freiheit ist ebenso bedrohlich wie eine schrankenlose Freiheit, die alle Brüderlichkeit zerschlägt.

Bei Freunden und Gegnern sind wir ernstgenommen und erfolgreich, wenn wir mit Beispielen zeigen, was nicht Inhalt eines toten Papiers oder einer rhetorisch gekonnten Feiertagsrede bleiben darf: für den andern dazusein, dafür etwas zu leisten und zu arbeiten.

Der Politische Club von Tutzing

Der Politische Club der Evangelischen Akademie Tutzing führt seit 19 Jahren Tagungen durch, auf denen sich vornehmlich junge Staatsbürger über aktuelle und grundsätzliche Fragen der Politik informieren, um über das Gespräch mit den politisch Verantwortlichen einen Zugang in die praktische Politik zu gewinnen. Neben die Information ist dabei im Laufe der Zeit mehr und mehr die sachliche Diskussion mit den politischen Mandatsträgern getreten. Zu den Tagungen des Clubs werden vor allem diejenigen eingeladen, die sich im Laufe eines Jahres bei den übrigen Tagungen der Akademie als politisch interessiert und diskussionsgewandt gezeigt haben.

Die Arbeit des Clubs hat drei Schwergewichte. Einmal die Wochenendtagungen, die mehrmals im Jahr stattfinden, zum anderen die monatlichen Zusammenkünfte der im Raum München lebenden Ta-

gungsteilnehmer, bei denen über die jeweils aktuellen Fragen der Politik, insbesondere der Landespolitik, diskutiert wird, und drittens die etwa einwöchige Sommertagung, in die die Ergebnisse der vorgenannten Veranstaltungen eingebracht werden und auf der in der Regel die politisch Verantwortlichen in unserem Lande als Gesprächspartner zur Verfügung stehen. Durch die Auswahl der Teilnehmer und die sachliche Vorbereitung der Gespräche speziell auf dieser Sommertagung, haben sich die Diskussionen zu echten Tests für politische, weltanschauliche und wissenschaftliche Vorstellungen erwiesen.

Der Charakter eines Clubs ist nicht dadurch gegeben, daß ein Beitrag erhoben wird oder gar einer Sitzung zugestimmt werden muß. Der Club versteht sich als ein offener Kreis von politisch Interessierten, die ihre Zusammengehörigkeit

dadurch dokumentieren, daß sie sich in ihren unterschiedlichen politischen Vorstellungen akzeptieren, wobei das Zusammengehörigkeitsbewußtsein noch dadurch gefestigt wird, daß viele Tagungsteilnehmer bereits mehrfach an den Tagungen teilgenommen haben. Durch die Qualität der Diskussionen, sicher auch durch die Prominenz der Referenten, ist der Politische Club bundesweit bekannt geworden.

In diesem Jahr führt der Club seine XX. Sommertagung vom 6. bis 11. Juli durch; interessierte Leser der „Evangelischen Verantwortung“, die an dieser Tagung teilnehmen möchten, setzen sich bitte umgehend mit der Bundesgeschäftsstelle des EAK, 53 Bonn, Kaiserstraße 22, in Verbindung. Die Zahl der Plätze ist sehr begrenzt – eine ganzheitliche Teilnahme an der Tagung wird vorausgesetzt.

Horst Zilleßen

Aus unserer Arbeit

Zur sozialen Neuordnung des Baubodenrechts

Bonn:

Ende Februar wurde das von den beiden großen Kirchen vorgelegte Memorandum zur „Sozialen Ordnung des Baubodenrechts“ der Öffentlichkeit übergeben.

Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dr. Gerhard Schröder, MdB, bezeichnete dieses Memorandum als einen wertvollen Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion um das Baubodenrecht in der Bundesrepublik.

Schröder erklärte in Bonn, daß die Vorstandsgremien des Evangelischen Arbeitskreises sich auf ihrer nächsten Sitzung intensiv mit den Fragen des Bodenrechts beschäftigen würden; gleichzeitig hielt es Schröder für zweckmäßig, die von den Kirchen gemachten Vorschläge zur Reform der Ordnung des Baubodens baldmöglichst in den zuständigen Gremien der Union beraten zu lassen.

Keine Radikalen im öffentlichen Dienst

Bonn:

Auf einer Tagung der evangelischen Polizeiseelsorge der Rheinischen Landeskirche über Probleme der inneren Sicherheit forderte der Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/

CSU, Dr. Peter Egen, die zuständigen staatlichen Stellen auf, die Bejahung der freiheitlich-demokratischen Ordnung als unabdingbare Voraussetzung für die Einstellung von Personen in den öffentlichen Dienst anzusehen.

Scharf kritisierte Egen darüber hinaus den Beschluß der Münchener SPD, Aktionsbündnisse mit Kommunisten einzugehen. Diese Volksfrontpolitik zeige in erschreckender Deutlichkeit den Zerfall der geistig-politischen Kräfte der deutschen Sozialdemokratie.

Neuer Vorsitzender der EAK-Studiengruppe

Bonn:

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Kai-Uwe von Hassel, stellvertretendes Bundesvorsandsmitglied des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, hat den Vorsitz der Studiengruppe des Arbeitskreises übernommen.

Der Bundesvorstand des Arbeitskreises berief weiterhin, wie sein Vorsitzender Dr. Gerhard Schröder, MdB, der Presse gegenüber in Bonn mitteilte, den ehemaligen Direktor der Evangelischen Akademie Loccum, Pfarrer Dr. Hans Bolewski, zum Studienleiter; darüber hinaus arbeiten ebenfalls namhafte Katholiken – unter ihnen der Direktor der Thomas-Morus-Akademie in Bensberg, Dr. Hans Boven-

ter, in der Studiengruppe mit. Hierdurch soll insbesondere der ökumenische Charakter dieser Gruppierung innerhalb des Evangelischen Arbeitskreises, der sich weitgehend mit Grundsatzfragen beschäftigt, unterstrichen werden. An der Arbeit der Studiengruppe nehmen ebenfalls die CDU-Politiker Dr. Richard von Weizsäcker sowie Wulf Schönbohm teil, die gleichzeitig Mitglieder der Grundsatzkommission der CDU auf Bundesebene sind.

EAK engagiert sich für Evangelischen Kirchentag

Bonn:

Der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises beschloß ferner, den Mitgliedern des Evangelischen Arbeitskreises eine aktive Teilnahme am diesjährigen Deutschen Evangelischen Kirchentag, der vom 26. Juni bis 1. Juli 1973 in Düsseldorf stattfindet, zu empfehlen; gleichzeitig berief der Vorstand die nächste Sitzung des Bundesarbeitskreises für Donnerstag, den 28. Juni nach Düsseldorf ein, um somit sichtbar die Bereitschaft des Arbeitskreises zur Mitarbeit am Kirchentag zu dokumentieren. Führende Vertreter des Evangelischen Arbeitskreises werden Kirchentagsteilnehmer und Vertreter der Presse zu einem offenen Gespräch während des Kirchentags am Donnerstag, dem 28. Juni, einladen.

EAK Rheinland im Gespräch mit der Kirche

Pfarrer Erich Anders, Studienleiter der Evangelischen Akademie Mülheim, und Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Rheinland, hatten zu einem Begegnungstreffen führender Mitglieder der Evangelischen Kirche im Rheinland und des Evangelischen Arbeitskreises in das „Haus der Begegnung“ nach Mülheim/Ruhr eingeladen. Tatsächlich wurde die Tagung, an der neben Präses Lic.

Immer und mehreren Mitgliedern der Kirchenleitung auch verschiedene Abgeordnete teilnahmen, zu einem neuen Anfang des Ideen- und Gedankenaustausches, der – seit langem vermißt – für die Zukunft eine offene kritisch-freundliche Gesprächsbereitschaft erhoffen läßt.

Bereits das Hauptthema der Tagung, die Erörterung von Chancen und Gefahren der Planung, war dazu angetan, wechselseitige Kli-

scheevorstellungen bei den Vertretern der Kirche und der Politik abzubauen. Dr. Bernhard Worms, Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen, der in seinem Referat die „Grundlagen staatlicher Planung“ beschrieb, zeigte, daß die Vorstellung von der CDU als einer grundsätzlich planungsfeindlichen Partei in die Mottenkiste überholter Vorstellungstendenzen der Massengesellschaft erfordern, wie der Referent

erklärte, auch von der CDU in der Opposition eine konstruktive Haltung zu der Aufgabe staatlicher Planung, wobei bei aller Notwendigkeit steuernder Eingriffe in das gesellschaftliche Leben die Wahrung des Freiheitsraums des einzelnen wie der Gruppen wichtigstes Ziel einer an christlichen Wertvorstellungen orientierten Politik sei.

Von besonderem Gewinn für die Teilnehmer aus dem Raum der Politik waren die von Pfarrer Michael Bartelt vom Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD, Bochum, entwickelten „Sozialethischen Kriterien für politische und kirchliche Planung“. Bartels Schlußthese: „Mit rationalen Mitteln muß der Versuch gemacht werden, inner-

halb sich stetig ausweitender zweckrationaler Lebensbereiche das zu sichern und zu bewahren, was Gegenstand sozialethischer Grundforderungen ist, nämlich Gerechtigkeit, Freiheit, Glück und ein humanes Dasein in einer humanen Welt“, umriß Grenzen und Ziele politischer Planung, wobei sich die Forderungen gleichermaßen an den Staat wie an die Kirche richten.

Der Gedankenaustausch über die Frage, wie christliches Humanum in säkulare Humanität umzusetzen sei, machte auch vor aktuellen politischen Problemen nicht Halt. In einer sogenannten „aktuellen politischen Fragestunde“ nutzten insbesondere die kirchlichen Vertreter die Gelegenheit, die politischen

Äußerungen der CDU-Politiker kritisch auf ihren Substanzgehalt abzuklopfen. Daß es kein einseitiges Fragespiel blieb, dafür sorgten unter anderem die Bundestagsabgeordneten Gerhard Braun und Dr. Horst Waffenschmidt sowie EAK-Bundesgeschäftsführer Dr. Peter Egen, die nicht nur im politischen Bereich, sondern teilweise auch im kirchlichen Dienst engagiert sind.

Die gastfreundliche Aufnahme im „Haus der Begegnung“ trug im übrigen dazu bei, bei den Teilnehmern der Tagung den Wunsch zu wecken, das aufgenommene Gespräch künftig nicht wieder abreißen zu lassen.

Hans-Ulrich Klose

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

Evangelische Akademie Bad Boll 7325 Bad Boll

11. bis 18. Mai 1973

Grundkurs Rede und Argumentation
Esslingen

18. bis 20. Mai 1973

Aufbaukurs Rede und Argumentation
Bad Boll

Evangelische Akademie Baden 75 Karlsruhe 1, Blumenstraße 7

13. bis 16. Mai 1973

Delegation von Verantwortung als Mittel der Problembewältigung

— Tagung mit Vertrauensleuten aus Südbaden in Zusammenarbeit mit der ÖTV —

Evangelische Akademie Berlin 1 Berlin 39, Königstraße 64 b

15. bis 17. Mai 1973

Die Rolle der Theologie in neuen Modellen des Konfirmanden-Unterrichts

— Seminar mit Pfarrern —

Evangelische Akademie Hamburg 2 Hamburg 36, Esplanade 15/16

18. bis 20. Mai 1973

Gefangener heute —
Mitbürger morgen

— Tagung mit Behörden, Vereinen, Gruppen, Inhaftierten, Entlassenen —

Evangelische Akademie Hofgeismar 352 Hofgeismar, Schlößchen Schönburg

4. bis 6. Mai 1973

Religiöse Erziehung in der modernen Gesellschaft

— Lehrer, Erzieher und Eltern —

Katholische Akademie der Erzdiözese Freiburg 78 Freiburg, Wintererstraße 1

24. bis 28. April 1973

Die Grundbotschaft des Alten Testaments

Evangelische Akademie der Pfalz 672 Speyer, Gr. Himmelsgasse 6

26. bis 27. Mai 1973

Archäologisch-kunstgeschichtliche Tagung mit Besichtigung der Römersiedlung Schwarzenacker und der Klosterruinen Wörschweiler und Hornbach

Evangelische Akademie im Saarland 66 Saarbrücken 3, Brauerstraße 6--8

16. Mai 1973

Traditionen in der Evangelischen Kirche

— Bräuche und Aberbräuche in der Rheinischen Kirche —

Evangelische Akademie Rheinland Haus der Begegnung 433 Mülheim, Uhlenhorstweg 29

14. bis 15. April 1973

Information — eine Brücke zwischen den Wissenschaften?

— Die Zusammenarbeit von Naturwissenschaft und Geisteswissen-

schaft über Probleme der Informationsverarbeitung —

30. April bis 3. Mai 1973

Aufgeschlossenes Altern

— Tagung für Menschen über 60 —

Evangelische Akademie Tutzing 8132 Tutzing, Schloß

4. bis 6. Mai 1973

Nächstenliebe illegal

— Theatertagung in Coburg mit Hochhuths Komödie

„Die Hebamme“ —

Evangelische Akademie Westfalen Haus Ortlorn

586 Iserlohn, Baarstraße 59—61

12. bis 13. Mai 1973

Überholte, notwendige und brauchbare Traditionen

— Tagung mit der Arbeitsgemeinschaft für Gegenwartsfragen —

Evangelische Akademie Schleswig-Holstein

236 Bad Segeberg, Marienstraße 31

24. bis 26. April 1973

Das Bildungssystem in der DDR

2. bis 15. Juli 1973

Urlaubsseminar für Eltern mit geistig behinderten Kindern

Das ausführliche Programm sowie weitere Unterlagen über die Veranstaltungen der Akademien fordern Sie doch bitte direkt bei den Akademien an. Machen Sie bitte von diesem Tagungsangebot regen Gebrauch und weisen Sie auf die Wichtigkeit der Akademiearbeit auch innerhalb Ihres Bekannten- und Freundeskreises hin, da gerade auch die Präsenz im vopolitischen Raum von uns zu Recht erwartet wird.

Wahlanalyse '72

Aufgrund unseres Aufrufes zur Wahlanalyse '72 in der Dezember-Ausgabe der „Evangelischen Verantwortung“ erreichten uns insgesamt mehr als 100 Zuschriften. Zwischenzeitlich haben wir allen Einsendern für ihre Mitarbeit gedankt; gleichzeitig bitten wir um Verständnis dafür, daß ein vollständiger Abdruck der einzelnen Beiträge aus Platzgründen leider nicht möglich ist.

Insgesamt gesehen hat jedoch die große Bereitschaft zur Mitarbeit gezeigt, daß viele Leser der „Evangelischen Verantwortung“ sich ernsthaft Gedanken um den weiteren Weg der Unionsparteien machen. Hierfür danken wir all jenen, die durch ihren Beitrag zum Erfolg unserer Aktion beitrugen, sehr herzlich.

Wir setzen in dieser Ausgabe der „Evangelischen Verantwortung“ den auszugsweisen Abdruck der Leserbriefe, den wir in der Februar/März-Ausgabe begonnen hatten, fort.

Zu früh gestartet

...Es war nicht gut, die Wahl um ein Jahr vorzuziehen. Durch ein weiteres Jahr einer schwierigen Regierungsführung wäre der Bevölkerung die Fehlleistung der Regierung besser bewußt geworden.

Es war wohl richtig, die Wirtschaftspolitik und „Inflation“ im Wahlkampf an erster Stelle zu nennen. Aber so lange der Bürger an der eigenen Geldbörse nicht empfindlich gerührt wird (dann ist es allerdings auch meist zu spät) richtet eine solche Propaganda nichts aus.

Es ist nie ernsthaft diskutiert und in Rechnung gestellt worden, warum der Sozialismus wieder attraktiv ist...

Dr. Paul Rausch
75 Karlsruhe, Weinbrennerstraße 12

Positiv-Aussagen formulieren

...Wir müssen wieder den Kontakt zum einfachen Menschen aufnehmen. Unsere „Großen“ können doch gar nicht in der Mentalität des „kleinen Mannes“ denken, fühlen, entscheiden, weil sie nicht mit ihm zusammenleben. — Unser „Arbeitnehmermann“ muß von Typ und Sprache her auch vom kleinen Mann als seinesgleichen akzeptiert werden können.

Aufklärung mit einfachen Worten, und zwar zuerst in den eigenen Reihen (!), ist über die wirtschafts-

und gesellschaftspolitische Funktion des Unternehmers und die wichtige Steuerungsfunktion des Gewinns nötig. Die linke Verteufelung hat unserem ganzen Staat geschadet. Es muß aber auch den Unternehmern klargemacht werden, welchen Teil sie selber zu tragen haben, wollen sie nicht eines Tages allein Objekt der Politik sein.

Wir müssen freikommen vom Image der Neinsager. Wir schaffen das, wenn wir zu jeder Vorlage der Regierung ein eigenes Konzept vorgehen, d. h. zu allem und immer eine Alternative. Der Bürger darf nur noch Positiv-Aussagen aus unserem Munde vernehmen, Positiv-Aussagen über unser Tun und Wollen!

Unabhängig davon, daß nach meiner Meinung der Ansatzpunkt und auch das Niveau der Argumente falsch gelegen haben, bin ich der Auffassung, daß unser Timing kein Konzept erkennen ließ. Der Zeitpunkt der Aussage muß vorprogrammiert werden, damit sich die Argumente über die Gesamtzeit des Wahlkampfes verteilen, und die Argumente müssen sortiert sein nach steigendem Grad an Bedeutung bzw. Aussagekraft. Wir waren viel zu früh angefangen und hatten dabei gleich alle „Geschütze“ abgefeuert.

Immer wenn der Gegner sich auf eines unserer Argumente eingestellt hat, müssen wir ein neues bringen. Dabei behalten wir das Gesetz des Handelns in unserer Hand.

Trotzdem müssen wir elastisch bleiben und laufend neue Argumente erarbeiten, wenn das aus dem weltpolitischen Tagesgeschehen erforderlich wird. Diese Argumente müssen mit dem Programm konvergieren, positiv und zukunftsgerichtet sein. Dann wird uns ein hektisches Hin und Her mit Entscheidungen erspart bleiben. Der Wähler hat gezeigt, daß er hierfür kein Verständnis hat...

Dr. Franz Rautenhaus
24 Lübeck, Am Dachsbau 3

Was der CDU nottut

... 1. Die Einsicht, daß schon der Name eine Verpflichtung bedeutet. Die Gründer der CDU waren sich bewußt, ein Neues zu schaffen. Das ist augenscheinlich schon früh verwischt worden. Alle deutschen, christlichen Elemente in einer Demokratie zu vertreten, setzt eine Gesinnung voraus, die in der Kirche ökumenisch genannt wird. Wer nur sein Bekenntnis in einer CDU vertreten will, kann kein guter Vertreter der CDU nach außen sein. — Selbstverständlich schaden politische Geschäftemacher diesem Prinzip. Sie fordern eine Ablehnung schon des Namens CDU durch die Öffentlichkeit heraus.

2. Die Einsicht, keinen der vielfach apostrophierten Wählervereine bilden zu können. Sie muß vielmehr eine gut durchorganisierte Massenpartei bilden, die sich auf alle Volksteile stützt.

Dazu gehört, daß CDU-Leute Verbindung zu allen Christen ihres Sprengels unterhalten, dabei an Konfessionsgrenzen nicht haltmachen. Ein Gutteil der Wählereingebüßen hat die Abwendung sogenannter progressiver Kirchenvertreter von der CDU gebracht, eine Entwicklung, die auf der evangelischen Seite durch den Parteiaustritt Dr. Heinemanns, des damaligen Präses der EKD, ausgelöst worden ist. Der schwere, der Partei zugefügte Schaden ist bis heute verkannt worden. Er kann nur durch vorsichtige, konsequente Arbeit an der Basis geheilt werden. So ist auch die politisch bedeutsame Bekenntnisbewegung in der evangelischen Kirche für die CDU verlorengegangen, ein Schade, der umso schwerer wiegt, als gerade die Bekenntnisbewegung im 3. Reich Widerstand geleistet hatte und darum für die neue Politik wichtig war. Auch wenn in ihr alte, sozialistische Pfarrergruppen integriert waren, waren andere Gruppen für unsere Politik in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch ansprechbar. — Ein Ähnliches gilt ebenso für progressive Gruppen in der katholischen Kirche, wie etwa die um den Schriftsteller Böll.

3. Muß noch konsequenter der falsche Schein vermieden werden, als sei die CDU eine reaktionäre Unternehmerpartei. Dazu müßte vor der Öffentlichkeit dargestellt werden, was wirklicher Fortschritt ist und was nur als „Fortschritt“ von der Gegenseite fälschlich propagiert wird. Dem muß allerdings eine fortschrittliche und gleichzeitig das Bewährte erhaltende Politik gegenübergestellt und verwirklicht werden.

4. Die politische Gegenseite hat ein Gutteil ihrer Erfolge Bürgerinitiativen, Studentenkundgebungen u. ä. zu verdanken. Diese neuen Mittel sollten auch von der CDU eingesetzt werden...

Fritz von Reklinghausen
565 Solingen-Ohligs
Hackhausen 1

Mehr Strategie statt Taktik

... Daß schon beim vorletzten Bundestagswahlkampf die Alternativen zwischen SPD und CDU verwischt worden waren, so daß man scherzhaft sagte: „Die SPD sei die bessere CDU“, lag daran, daß Herr Wehner die SPD verbürgerlichte und sie salonfähig machte. Trotzdem brach sie merkwürdigerweise nicht auseinander. Inzwischen haben sich die Grenzen noch weiter verwischt. Das liegt nach meiner Meinung daran, daß die CDU keine deutlichen Alternativen in den Vordergrund gestellt hat, und das jahrelang! Sie hätte mehr Strategie betreiben sollen statt Taktik. Den Bundestag zur Auflösung zu bringen, ohne sicher zu wissen, daß das Sinn hatte, war falsch. Statt alles besser machen zu wollen, hätte eine klare Linie gegangen werden müssen...

Erich Rüsche
4133 Neukirchen-Vluyn
Wiesfurthstraße 15

Das Prinzip „Hoffnung“ vergessen

... 1. Die Außenpolitik spielte für die Entscheidung dieser Wähler die Hauptrolle. Hier nun hat die Union im Wahlkampf zu einseitig negativ gegen den Grundvertrag polemisiert und die positiven Aspekte desselben zu wenig gewürdigt. Daneben war die Ratifizierungsdebatte für die Ostverträge noch in zu guter Erinnerung, wo die CDU und an ihrer Spitze Rainer Barzel nicht unbedingt staatspolitisch, sondern eher parteipolitisch entschieden haben. Auch sonst schien in der vergangenen Legislaturperiode die Politik der Union manchmal von sachlicher Opposition in die Richtung von Obstruktion abzugleiten, zu deutlich und vordergründig das Ziel eines „Machtwechsels“ in Bonn anstrebend.

2. Innenpolitisch hat sich auch die Union zu den notwendigen Reformen bekannt — aber unter dem Vorbehalt der Wiedergewinnung der Stabilität. Diese hatte zu hohe Priorität im Programm der Partei. Wenn auch Überstürztheit und mangelnde Ausgereiftheit der Reformen der Regierungskoalition — vor allem im Bildungsbereich — überwiegend kritisiert wurden, wird ihre Dringlichkeit von den genannten Kreisen doch betont. Auf diesem Gebiet wäre es mehr darauf ange-

kommen, neben den langzeitigen auch kurzfristige Perspektiven mit baldiger Realisierbarkeit zu entwickeln. Im übrigen wurde angesichts der internationalen wirtschaftlichen Lage zu stark auf der „Hausgemachtheit“ der inflationären Tendenzen umhergeritten. Insgesamt hat die Wahl wohl auch gezeigt, daß Politik nicht nur auf „nüchternen Grundlage“ gemacht werden kann, daß vielmehr wegen der Offenheit der Zukunft, die weder die eine noch die andere Seite sicher voraussagen kann, auch das „Prinzip Hoffnung“ eine Rolle spielt. Und ich glaube, man sollte das gerade aus christlicher Sicht nicht als „emotional“ abwerten! Vor allem reicht es nicht, dem ein „Prinzip der Befürchtungen“ entgegenzusetzen, so angebracht manche Befürchtungen im einzelnen sein mögen...

Dr. Karl-Friedr. Saur
48 Bielefeld, Burgfreiheit 6

Nicht an die Jugend gedacht

... Ob man nicht in einer christlichen, sozialen Partei Raum für Mitarbeit und Gestaltung der Jugend finden könnte, überall, in kleinen Anfängen, nicht gleich mit parteilicher Posaune?! Ob die ältere Generation, vor allem die Eltern, aufgeklärt werden müßten über die Gefahren der Unterwanderung. (Das tat Dregger in Hessen mit Erfolg!) und man mit ihnen zusammen Wege zur Abwehr suchen sollte?

Die Taktik der Wahlpropaganda der CDU/CSU hat dieses Mal die Jugend wenig angesprochen: Die junge Generation heute sucht keine Stabilität wie die vorhergegangene nach dem Zusammenbruch, sondern Bewegung, Reformen. Für die Problematik der Ostpolitik fehlt ihr die geschichtliche Grundlage.

Die SPD arbeitet weniger mit Argumenten als mit dem „Image“ des „Friedenskanzlers“.

Die Deutschen lassen sich von Emotionen leiten, auch wenn sie immer wieder betrogen werden.

Die SPD war auch sonst in der Wahl psychologisch sehr klug: (Sie hat die 20 Jahre der Opposition nicht ungenützt verstreichen lassen). Das Bild der Jusos verschwand in den letzten Monaten fast ganz im Straßenbild von Frankfurt (Main). — Herbert Wehner hält

gewiß die Fäden der SPD-Politik im Hintergrund in seiner Hand, hält sich aber mehr im Hintergrund und bietet so nicht die Angriffsfläche wie Fr. J. Strauß. Außerdem hat der Wahl-Slogan, die SPD sei die Partei der Arbeitnehmer, die CDU dagegen wäre finanziert durch die Großindustrie, sehr gewirkt bei vielen Wählern, vor allem wieder bei der Jugend...

Adelheit Sauter

Das „C“ verpflichtet zur Ehrlichkeit

Der Buchstabe C in CDU ist ein Bumerang. Man erwartet davon saubere Argumentation, Ehrlichkeit, Anständigkeit, keine Gehässigkeit. Daran hat es leider der CDU im Bundestag und Wahlkampf häufig gefehlt.

Die Mandatsüberträger, vor allem ihr Auftreten im Bundestag, haben viele Stimmen gekostet. Seit dem Fall Geldner besteht beim Wähler das Mißtrauen einer gewissen Manipulation. Und daß alle (außer Helms) — Müller/München sogar nach 2tägiger Zugehörigkeit zur CSU — ein gesichertes Mandat erhielten, war denkbar unklug.

Die Propaganda um die Preise war unehrlich, denn man wußte doch um die allgemeine Entwicklung in der westlichen Welt. Und nie wurde gesagt, wie man die Preise eindämmen wollte.

Die Agitation gegen Brandts Auftreten in Betrieben, obwohl er nur das fortsetzte, was seinen Vorgängern als selbstverständlich zuerkannt wurde...

Heinrich Simon

59 Siegen, Hochstraße 15

CDU-Wahlkampf zu wenig emotional

... Ein Wahlkampf der Argumente mußte in die „Binsen gehn“. Wenn man Hoffnung auf den Wahlgewinn in den Wahlkampf setzen möchte, dann geht es nur über die Weckung und Benutzung von Emotionen — wenn eine Partei das für unvornehm oder unsolid oder undemokratisch hält, nun, dann gibt sie die Wahl von vornherein für verloren.

Eine Volkspartei darf den Wahlkampf nicht in der Weise führen, als wären alle Angeredeten Abgeordnete des Bundestages. Und genau so führte die CDU den Wahl-

kampf: Sie redete und argumentierte in der Öffentlichkeit wie in den Sitzungen des Bundestages. Wie wenig Argumente „ziehen“, zeigte bereits der Bundestag selber; das zeigte auch jede Landtagswahl zuvor: in Bremen z.B. hatte die SPD ihre absolute Mehrheit ausbauen können, obwohl man scheinbar bestens gegen sie mit dem desolaten Zustand der neugegründeten Universität argumentieren konnte. Nichts ging, ebensowenig in Hessen mit der ideologisierten Bildungsreform, im Bundestagswahlkampf mit der Wirtschaft und dem Geld. Die Koalition hingegen, deren „Hauptsprüche“ im Wahlkampf waren emotional besetzt: Frieden — stolz sein auf Deutschland — Willy Brandt, der Friedenskanzler, muß Kanzler bleiben — menschliche Erleichterungen — Ausgleich mit dem Osten — Fortsetzung der Politik Adenauers nach Osten.

Die CDU hingegen wollte argumentieren und sie verlor. Weshalb hat sie (aller richtigen Einsicht zum Trotz, daß man schlecht die Ostverträge ablehnen könne, aus Gründen der Wahltaktik) sie nicht dennoch abgelehnt, und dann das Gleiche getan beim Grundvertrag, nicht mit Argumenten, sondern mit dem emotional besetzten Begriffen der „Nation“, des „Vaterlandes“, natürlich nicht primitiv nationalistisch, rechtsradikal, aber so, indem man sich des polnischen Vorbildes bediente: 200 Jahre lang geteilt und dennoch nie sich aufgegeben...

Pfarrer Martin Sunnus

543 Montabaur, Koblenzerstraße 5

Keine glaubwürdigen Alternativen

... Es besteht sicher Einigkeit darüber, daß einerseits der Schwund katholischer Wähler sich fortgesetzt hat, andererseits es der CDU nicht gelungen ist, in neue Wählergruppen (jüngere Generation, unselbständige Mittelschichten) vorzudringen. Die Gründe hierfür sind nicht im Programm der CDU, sondern — neben Fehlern im taktischen Verhalten — vor allem in der Selbstdarstellung zu suchen. Wahlen gewinnt man in der Bundesrepublik nicht zuletzt mit Persönlichkeiten, die den Wähler auch emotional ansprechen.

Die Alternativen der Union allein wurden nicht als glaubwürdig, ihr

personelles Angebot nicht als vertrauenerweckend empfunden.

E. A. Schiefer

3 Hannover-Herrenhausen

Wernigeroder Weg 16

Falsch gemacht:

... Was hat die Union im Wahlkampf '72 falsch gemacht:

a) Stimmhaltung bei den Ostverträgen. Das Volk will endlich mehr Frieden. Nachdem uns 20 Jahre praktisch nicht weiterbrachten, fast jeder sich mit dem Verlust der Ostgebiete abgefunden hat, keiner mehr an eine Wiedervereinigung in absehbarer Zeit glaubt, ist die überwiegende Mehrheit (weit mehr als nach dem Wahlergebnis sichtbar, sicher 70%) für diese Ostpolitik. Überwiegende Meinung: Versuchen wir es doch wenigstens einmal so, wir geben nichts auf, was noch uns gehört, es kann nur besser werden.

b) Durch überzogene Formulierungen geriet die Partei, besonders die CSU, in den Geruch des Rechtsradikalismus.

c) Die Partei kann nur durch eine progressive Gesellschaftspolitik Stimmen holen.

d) Der § 218 hätte stärker in die Diskussion gehört! Oder ist man sich hier bereits der eigenen Leute nicht mehr sicher?

e) Auch die CDU muß die Mitbestimmung fördern. Die paritätische Mitbestimmung! Die Alternative muß sein: Diese Mitbestimmung darf nicht zu sehr unter gewerkschaftlichen Einfluß geraten.

Insgesamt zurück zum „Aalener Programm“!

Friedrich Schlegel

8831 Langenaltheim, Kuhgasse 9

Mehr Präsenz in den Universitäten

... Der schwarze Peter liegt deutlich beim Bundesvorstand einschl. der Spitze des Evangelischen Arbeitskreises. Die Zeit ist irrational

geworden. Personenkult (für Brandt), Rufmord (gegen Barzel und Strauß) liefen taktisch parallel mit dem sorgfältigen Verbergen Wehners.

Gegen diese fragwürdigen Taktiken hilft nur der konzentrierte Einsatz der Bundesspitze für eine Relativierung der Person Willy Brandt, gegen eine Diffamierung der eigenen Spitzenkandidaten. Im übrigen genügt auch das noch nicht. Die Bundesprominenz muß in Zukunft, von mir bereits in der EAK-Tagung Kaiserslautern vorgeschlagen, ständiger Gast in den Universitäten sein. Denn hier wird die Entscheidung der Zukunft fallen. Was bisher praktiziert wurde, war Feigheit vor dem Feind, war Etappengesinnung. Wenn man erst erkennt, wie stark persönliche Tapferkeit die Jugend überzeugt, besteht auch wieder eine wachsende Chance zur Rückkehr in die Verantwortung...

Kurt Scholl

69 Heidelberg, Im Schaffner 32

Mehr innerparteiliche Solidarität

...Dazu kommt, daß die CDU meiner Ansicht nach verkannt hat, daß man innenpolitische Schwierigkeiten durch außenpolitische Ablenkungsmanöver überbrücken kann und sich nicht auf die Außenpolitik konzentriert hat. Das hat der SPD sicher mit zum Wahlerfolg verholfen. Dazu kommt natürlich die leider unentschlossene Haltung der CDU bei der Abstimmung im Bundestag über die Ostverträge. Ein klares „Nein“, wenn auch nur eines Teiles der CDU-Abgeordneten hätte sicher viele Deutsche die CDU wählen lassen.

Auch wird es gut sein, wenn auf Orts- und Kreisebene CDU-Leute sich etwas mehr für ihre Sympathisanten einsetzen und nicht, wie es leider hier der Fall ist, gegen sie in ihren Gremien arbeiten...

Richard Scholtz

777 Überlingen, Jodockstr. 10

Die Basis verstärken

...Die Jugend anzusprechen ist eine zweite Voraussetzung für den Gewinn künftiger Wahlen.

Ein dritter wichtiger und schwieriger Punkt ist das Verhältnis zur Arbeitnehmerschaft. Es muß unser aller und insbesondere die Aufgabe der Sozialausschüsse sein, diesem Kreis die segensreichen Folgen der sozialen Marktwirtschaft für unser aller Wohl immer wieder von neuem aufzuzeigen. Dieser Punkt könnte wesentlich erleichtert werden, wenn es der Unternehmerschaft gelänge, ihr Image wesentlich aufzubessern. Darauf haben wir als CDU natürlich keinen Einfluß, aber da man die CDU mit der Unternehmerschaft identifiziert, belastet deren Image unsere Wahlaussage. Die Unternehmerschaft müßte also von sich aus gegen unkontrollierte Machtkonzentration, ungesunde Wettbewerbsverzerrungen und gegen die Wirtschaftskriminalität eindeutig Stellung beziehen...

Hans Schubert

6 Frankfurt, Hoherodskopfstr. 38

Vakuum in Grundsatzfragen

...Den Wahlkampf mit Argumenten führen zu wollen ist unbedingt richtig, doch muß man sich fragen, ob alle unsere Anliegen nur so behandelt werden können und ob dabei nicht wesentliches vernachlässigt wurde. Dabei denke ich insbesondere an die Arbeit der Grundsatzkommission, die noch schnell eine Verlautbarung herausbrachte. Man konnte den Eindruck gewinnen, daß im letzten Augenblick noch jemand draufgekommen ist, daß noch irgend etwas fehlt, vielleicht für junge Wähler, wenn ja, dann sicher nicht zu Unrecht. Statt dessen bewegte man sich viel zu sehr im Materiiellen, in Wirtschafts- und Finanzfragen. Dies in einer Partei, die schon von ihrem Namen her höhere Werte kennt. Lebensqualität mag ein Schlagwort sein, aber es deutete auf ein Vakuum bei der CDU und dadurch wurde der Abstempelung als der Partei des Kapitalismus Vorschub geleistet.

So wie ich die Verlautbarungen der CDU verfolge bin ich der Beschäftigung mit Grundsatzfragen am ehesten noch in der Evang. Verantwortung begegnet, und es stellt sich mir die Frage, ob es nicht die legitime Aufgabe des Evang. Ar-

beitskreises wäre, die Diskussion hierüber innerhalb der Partei mehr als bisher wach zu halten. Vielleicht ist auch der Zeitpunkt eingetreten, daß die Basis vom Evangelischen auf das Christliche insgesamt verbreitert wird.

Die Image-Kosmetik einer Partei nach Wählerumfragen ist eine höchst fragwürdige Angelegenheit und sollte nur sehr sparsam vorgenommen werden, weil dabei leicht das Gesicht verloren geht. Der CDU hat streckenweise der Mut gefehlt, als das zu scheinen, was sie ist. Demgegenüber hat es der SPD nicht geschadet, daß sie die Diskussion mit ihren Jusos offen geführt hat.

Wenn man nun alle Fehler, die vor und während des Wahlkampfes gemacht wurden, addiert, so hat man damit trotzdem noch nicht die Erklärung für die Wahlniederlage, sie muß zusätzlich auch als Folge einer Entwicklung verstanden werden. Ganz allgemein muß festgestellt werden, daß der Stellenwert des „C“ im Bewußtsein unserer Wohlstandsgesellschaft gesunken ist, dann kommt jetzt auch das zum Tragen, was sich in den Jahren zuvor an unseren Hochschulen getan hat, denn dies hat sich ja besonders im Bewußtsein der Jugend niedergeschlagen, die in diesem Wahlgang erstmals in dieser Masse geschlossen angetreten ist. Hinzu kommt, daß die junge Theologengeneration vorwiegend gesellschaftskritisch orientiert ist. Ihr Einfluß auf die Gemeinden beginnt sich auszuwirken.

Ob das „C“ im Namen noch werbewirksam ist, mag dahingestellt bleiben, es jetzt zu streichen, wäre ganz gewiß falsch...

Hermann Schweizer

73 Esslingen, Uhlandstr. 39

Warnung vor „demokratischem Sozialismus“

...Zu warnen ist allerdings mit aller nur möglichen Eindringlichkeit vor dem „demokratischen Sozialismus“, wie er von Herrn Wehner mit meiner Überzeugung nach aufrichtiger, aber zuhöchst irrümlicher Leidenschaft angestrebt wird. Hier müßte es wirklich heißen „vestigia terrent“!: Herr Alexander Dubcek hat doch mit seinen, von uns mit herzlicher Sympathie in ihrem Wollen begleiteten Freunden die glei-

chen Ziele verfolgt und ist elend gescheitert. Genau das gleiche Schicksal wird auf unsere Bundesrepublik warten, wenn die Marx-, Lenin- oder Mao-hörigen ultralinken Studentengruppen unsere Hochschulen zu kommunistischen Konfessionsschulen oder zum mindesten zu „Basis“-Debattierklubs umfunktionieren dürfen unter dem Deckmantel „Demokratie“! Solche Gefahr wäre, wenn nicht gebannt, so doch wesentlich vermindert worden, wenn die CDU/CSU die Wahlen gewonnen hätte!...

Pfarrer i. R. Gustav Schwering
7901 Blaustein, Schubartstr. 104

Die SPD hat Glück gehabt

... Die Gegenseite hat ein sagenhaftes Wahlg Glück gehabt, und bei so viel Glück ist der Sieg nicht strittig zu machen. Es sind folgende propagandistische Schachzüge gelungen:

a) Die Aushöhlung der Regierung durch Wechsel von Personen wurde überhaupt nicht mehr zur Kenntnis genommen, als Aushöhlung wurde nur noch der Fraktionswechsel hingestellt.

b) Die Wahllokomotive Schiller wurde zu einem Buhmann gemacht. Die Entmachtung des Superministers war am Ende ein Verdienst, das dem Kanzler noch gutgeschrieben wurde. Der Schuldige für gewisse unangenehme Erscheinungen war gefunden.

c) Das Schlagwort „Lieber 5% Preissteigerung als 5% Arbeitslose“ dürfte von Kennern der Wirtschaft als glatte Volksverdummung angesehen werden, von einem Wirtschaftsminister war es eine Unverfrorenheit, aber es wurde geglaubt.

d) Die Jusos waren so klug, eine gewisse Zeit unter der Oberfläche zu verschwinden, also wurden sie von den Wählern als gar nicht existent angesehen.

Wer das Glück hat, seine Ware zu solch sagenhaft günstigen Bedingungen zu verkaufen, gegen den ist keine Wahl zu gewinnen...

Pfarrer Herbert Strauß
405 Mönchengladbach
Viersener Str. 249

Moralisch und taktisch versagt

... Bruno Heck hat recht, wenn er in seinem Interview mit der „Deutschen Zeitung“ auf die Tatsache hinweist, daß Brandt ausge-

rechnet mit dem moralischen Anspruch seiner Deutschland- und Ostpolitik erfolgreich war. Dabei wäre es so leicht gewesen, dem Postulat eines (zu teuer erkauften) „Friedens“ das der (um keinen Preis zu verkaufenden) Freiheit gegenüberzustellen! Aber dazu war man offenbar zu feige. Und Feigheit hat sich noch nie bezahlt gemacht im politischen Leben.

Hier berührt sich das „moralische“ Versagen mit dem taktischen. Ich gestehe Herrn Barzel zu, daß er es sich mit dem Grundvertrag nicht zu leicht machen wollte. Daher kam wohl seine differenzierte Stellungnahme des „So nicht“, die dann zur Stimmenthaltung der CDU/CSU führte. Die Masse, auf die man nun einmal Rücksicht nehmen muß, wenn man gewählt werden will, denkt aber nicht differenziert, sondern simpel! Ihr wäre ein klares „Nein“ einsichtiger gewesen als dieses verquollene „Jein“...

Wilhelm Steghöfer
89 Augsburg, Froelichstr. 17

Sozialausschüsse stärken

... Einige Gründe, die meiner Meinung nach zum negativen Wahlausgang beigetragen haben:

1. Bei der SPD/FDP: Das Image von Brandt als „Friedenskanzler“ in Verbindung mit der Friedenssehnsucht der Menschen z. T. pseudoreligiöse Verehrung, Wahlengagement der SPD-Mitglieder und Sympathisanten, in den Kirchen gilt links als chic, ja als Evangelium.

2. Bei der CDU: Das Negative-Image der Partei, sie würde die Interessen der Arbeitnehmer zu wenig vertreten (noch verstärkt durch die anonymen Anzeigen), der Wirtschaftsrat hat zu viel, die Sozialausschüsse noch zu wenig Einfluß (siehe Verabschiedung Betriebsverfassungsgesetz!).

Fazit: Langfristige Reform in Richtung Sozialausschüsse ist notwendig, dazu ein Bündnis aller reformerischen Kräfte in der CDU, sonst ist auch die Wahl 1976 nicht zu gewinnen...

Wolfgang Troeder
6209 Aarbergen 5, Langgasse 44

Die Kraft zur Alternative finden

... Die Union hat sich das „Gesetz des Modernen“ (Was ist in?) vorschreiben lassen, statt es selbst

aufzustellen, als dafür die Zeit war. Sie hat zugelassen, daß auch bei uns ein banalmaterialistisch-mechanistisches Denken als einzig möglich und vernünftig die Oberhand gewann. Sie hat zugelassen, daß die dagegen längst vorhandenen Alternativen, von denen sie doch lebt, in Individualäußerungen ohne Macht steckenbleiben.

Es genügt nicht, daß „unser Staat seine geistigen Grundlagen im wesentlichen aus der Negation des Vorausgegangenen bezieht“ (Prof. Abelein). „Progressive“ Phrasen, wie sie nun üblich sind, dienen dem Streben nach Macht, aber nicht dem Streben nach Wahrheit und nicht der Union. Sie wirken wie ein Esel, der auch dort, der hinten aufsitzt, nach Moskau bringt. Dazu brauchen wir die Union nicht. Sie wird ihr eigenes Pferd reiten müssen.

Die Union kann alles Mögliche ablehnen, vor allem muß sie aber etwas wollen und nicht nur möchten: Das Gesamtwohl. Klassenkampf, Arbeitnehmer-, Arbeitgeber-Partei sind eine Art des Bürgerkrieges. Den wollen wir nicht...

Robert Troost
56 Wuppertal 2, Schloßstr. 21

Bedeutung der Friedenspolitik

... Folgenden Fehler hat die CDU nach meiner Meinung gemacht: Sie hat die Bedeutung der Friedenspolitik nicht erkannt. Was nützt uns eine stabile Währung, wenn wir keinen Frieden nach außen haben. Die Bundesregierung hat den Frieden sicherer gemacht. Das ist ihr Verdienst...

Dr. E.-U. Meineke
3327 Salzgitter-Bad
Gablonzer Str. 8

(wird fortgesetzt)

Politisch klug?

Der Landesparteitag der CDU-Saar am 10./11. März 1973 hat für die ohnehin schon schwache Repräsentanz des evangelischen Bevölkerungskreises in der Partei eine wesentliche Verschlechterung gebracht, die neben den Parteitagreferaten der Bundesredner Dr. Barzel und Dr. Kohl fast unbemerkt geblieben wäre. Daß die evangelische Bevölkerung an der Saar außerhalb der CDU doch noch Kenntnis von diesem Ereignis erlangt hat, ist dem evangelischen „Sonntagsgruß“ zuzuschreiben. Der staunende evangelische Bürger, der vor der Bundestagswahl von der CDU so sehr umworben worden war, erfuhr, daß der Vorsitzende des Evangelischen Landesarbeitskreises der CDU-Saar, der Bundestagsabgeordnete Kurt Thürk, als Stellvertretender Landesparteivorsitzender nicht mehr wiedergewählt worden war. Wer die Zufälligkeiten bei Wahlen innerhalb der Parteien kennt, würde dies noch gelassen hinnehmen, käme nicht hinzu, daß Kreise der CDU-Saar, insbesondere der Jungen Union, vor den Wahlen eine zielgerichtete Propaganda des Inhaltes betrieben hatten, das „Proportz-Denken“ müsse ein Ende haben, der Evangelische Arbeitskreis habe sich lange überlebt, dem evangelischen Bürger sei diese Repräsentanz völlig gleichgültig und die evangelischen CDU-Mitglieder brauchten den Arbeitskreis nur, um sich eine Hausmacht aufzubauen.

Abgesehen davon, daß die Führungsposition der CDU-Saar immer katholisch war, hatte man doch bisher fast selbstverständlich den Vorsitzenden des Evangelischen Landesarbeitskreises zu einem der Stellvertreter des CDU-Landesvorsitzenden gewählt. Diese politische

Klugheit und Vernunft der CDU-Delegierten hat am 11. März offenbar nicht gewaltet.

Es fällt jedoch auf, daß auch sonst trotz merklich gesteigener Intensität der Arbeit, Leistung und allgemeiner Anerkennung des Evangelischen Arbeitskreises seine Repräsentanz immer weiter abnahm. Während im vorigen Landtag des Saarlandes (1965–1970) noch vier von 23 Landtagsabgeordneten der

Losung des Kirchentages 1973:

„Nicht vom Brot allein“

CDU evangelischer Konfession waren, sind es heute nur noch drei von 27 Abgeordneten. Im Saarbrücker Stadtrat sitzt noch ein evangelischer Stadtverordneter auf den Bänken der CDU. Der CDU-Landesvorsitzende ist katholisch, ebenso jetzt auch seine vier Stellvertreter. Lediglich unter den Beisitzern finden wir zwei (von zusammen 25) Personen evangelischer Konfession.

In Wahlzeiten darf und soll der Evangelische Arbeitskreis ausdrücklich unter seinem Namen und mit dem Anspruch auf Repräsentanz der evangelischen Bürger in der CDU auftreten. Gerne hatte es die CDU-Saar gesehen, daß im vergan-

genen Bundestags-Wahlkampf der Evangelische Arbeitskreis als solcher mit Großveranstaltungen in die Öffentlichkeit getreten war. Dies soll sicher auch bei den bevorstehenden Kommunalwahlen 1974 und bei den Landtagswahlen 1975 der Fall sein. Wie der Evangelische Arbeitskreis allerdings den Bürgern erklären soll, daß er immer nur zu Wahlzeiten wirken darf, bleibt unerfindlich.

Selbstverständlich versucht die saarländische Opposition, diese törichte Handlungsweise der CDU-Saar in wahlpolitisches Kapital zu verwandeln.

So hat das evangelische Kirchenblatt der Saar, „Sonntagsgruß“ (SPD-freundlich), dafür gesorgt, daß das blamable Wahlergebnis der CDU-Landesvorstandswahlen der Öffentlichkeit bekannt wurde.

Es bleibt nunmehr abzuwarten, wie der neue CDU-Landesvorsitzende des Saariandes, Kultusminister Werner Scherer, dem der Ruf voraussetzt, Bereitschaft und Aufgeschlossenheit für die Mitarbeit der Unions-Protestanten in der CDU zu besitzen, sich auf die neue Lage einstellt. Er wäre gut beraten, mit den führenden Vertretern des Evangelischen Arbeitskreises an der Saar umgehend zu einem Gespräch zusammenzutreffen, um die durch die Landesvorstandswahlen entstandene Lage offen und schonungslos zu beraten. Es besteht kein Zweifel darüber, daß es mehr als nur einer Geste bedarf, um die Verärgerung im protestantischen CDU-Bereich zu beseitigen; nicht zuletzt kommt es auch darauf an, den evangelischen CDU-Wählern an der Saar klar und deutlich zu sagen, wie ihre Interessen in Zukunft vertreten werden. Es ist sicherlich keine Übertreibung zu behaupten, daß 1975 die Chancen des Röderschen Kabinetts und damit der CDU-Mehrheit an der Saar davon abhängen werden, wie der evangelische Wähler sich bei den Landtagswahlen entscheidet.

Unsere Autoren:

Dr. Klaus Goebel
Akademischer Oberrat
56 Wuppertal-Ronsdorf
Mühlenfeld 42